



MPIfG Working Paper 09/11

Wolfgang Streeck

**Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der  
Sozialwissenschaften für die Politik**

MPIfG Working Paper

anck Institute  
for the Study of Societies

Wolfgang Streeck

**Man weiß es nicht genau: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik**

MPIfG Working Paper 09/11

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln

Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

October 2009

MPIfG Working Paper

ISSN 1864-4341 (Print)

ISSN 1864-4333 (Internet)

---

© 2009 by the author(s)

Wolfgang Streeck ist Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.

streeck@mpifg.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

**Downloads**

[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de)

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Max Planck Institute for the Study of Societies

Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de)

[info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

## **Abstract**

Based on a talk presented at the University of Göttingen in a lecture series on the use of scientific advice for public policy, the paper discusses what the social sciences in particular can contribute to policy-making. Nomothetic theories, which scholars often believe to be the highest achievement of their disciplines and which contribute most to a scholar's reputation, seem to be least useful for policy. Explanations of past events are usually not of interest to policy-makers; predictions are hardly possible in the social world; and the technical application of social theories to influence social behavior or change social conditions ("social engineering") is and remains by and large utopian. By comparison, descriptions of social reality by counting, measuring and observing social facts can be of considerable political use. Furthermore, while social science will never be able to replace the intuition of the experienced practitioner or relieve him of having to make responsible decisions under high uncertainty, it can help him to understand better the experiences of the past and the possibilities of the future and free himself at present from powerful myths as to what is the case, what is possible, and what is impossible. Finally, the social sciences, this time including their more theoretically oriented branches, may exercise a powerful long-term influence on policy since their debates, although they may sometimes appear merely academic, may shape the cultural self-description of society, and with it the basic ideas informing the actions of future generations of voters and decision-makers.

## **Zusammenfassung**

Das Papier ist die erweiterte Fassung eines Beitrags zu einer Ringvorlesung über „Wissenschaftliche Politikberatung an der Universität Göttingen im Sommersemester 2009. Es untersucht, was speziell die Sozialwissenschaften zur Beratung der Politik beitragen können. Nomothetische Theorien, die unter Wissenschaftlern oft als höchstes Ziel der Forschung gelten und das größte Prestige versprechen, scheinen für die politische Praxis am wenigsten nützlich. Erklärungen vergangener Ereignisse sind für die Politik in der Regel nicht interessant; Vorhersagen sind in den Sozialwissenschaften kaum möglich; und der technische Einsatz sozialwissenschaftlicher Theorien zur Veränderung sozialen Verhaltens oder sozialer Verhältnisse ist und bleibt eine Utopie. Die deskriptive Erfassung der sozialen Realität durch Zählen, Messen und Beobachten kann dagegen von erheblichem gesellschaftlichem Nutzen sein. Und obwohl sozialwissenschaftliche Forschung niemals die Intuition des erfahrenen Praktikers ersetzen oder dem Politiker die Last verantwortlicher Entscheidungen unter Risiko abnehmen kann, kann sie ihm helfen, die Erfahrungen der Vergangenheit und die Möglichkeiten der Zukunft besser zu überschauen und sich von in der Gegenwart mächtigen Mythen über das, was tatsächlich, möglich und unmöglich ist, frei zu machen. Schließlich können die Sozialwissenschaften, diesmal auch und vor allem ihre stärker theoretischen Ausprägungen, auch längerfristig die politische Praxis beeinflussen, indem ihre scheinbar nur akademischen Diskussionen die kulturelle Selbstbeschreibung der Gesellschaft und mit ihr das Weltverständnis künftiger Generationen von Wählern und Entscheidungsträgern in nicht zu unterschätzender Weise prägen.



## I.

Politikberatung durch Wissenschaft ist ein altes und großes, ja ehrwürdiges Thema. Was muss die Politik über die Welt wissen, um sie richtig regieren zu können, und wer kann und soll es ihr sagen? Wie verhalten sich Macht und Wahrheit zueinander, und wie sollten sie sich zueinander verhalten? Von der Antike bis zur frühen Neuzeit, von Platons „Staat“ (Plato 1991[370 v. Chr.]) zu Machiavellis „Fürst“ (Machiavelli 1990[1514]), und natürlich darüber hinaus, reicht eine lange Tradition des Nachdenkens über die Verantwortung des Herrschers und des Philosophen, die Art des für politische Entscheidungen benötigten Wissens, die Spannung zwischen der *vita activa* des Politikers und der *vita contemplativa* des Forschers, und allgemein die vielfältigen Reibungen und Konflikte, die sich ergeben können und unvermeidlich ergeben, wenn Politik und Wissenschaft zusammenwirken sollen.

Von wissenschaftlicher Politikberatung im heutigen Sinn kann freilich erst seit dem 19. Jahrhundert die Rede sein. Mit der gleichzeitigen Herausbildung des modernen Staates und der modernen Naturwissenschaften sowie der beginnenden Orientierung der Politik an historisch neuartigen Rationalitäts- und Fortschrittserwartungen verwandelte sich Wissenschaft von einer Quelle von Tugend- und Klugheitsregeln zum Lieferanten von technischem Eingriffs- und Regulierungswissen aller Art. Wie müssen Dampfkessel verschweißt werden, damit sie nicht explodieren? Durch welche Art von Ernährung und ärztliche Versorgung lässt sich die Gesundheit der Bevölkerung so verbessern, dass die Wehrpflichtigen auch tatsächlich zum Wehrdienst taugen? Mit welchen staatlichen Maßnahmen kann die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert, die Ansiedlung von Industriebetrieben gefördert und das Bildungsniveau der Arbeiterschaft erhöht werden? Bis weit in das vorige Jahrhundert hinein erschien der moderne Interventionsstaat sich selbst und seinen Bürgern als Träger einer planmäßigen Politik der Umgestaltung der Natur, der Wirtschaft, der Lebensweise der Menschen und der Menschen selber mithilfe einer sich ständig weiter entwickelnden, naturwissenschaftlich fundierten Technik. Ein extremes Beispiel sind die Anfang des 20. Jahrhunderts in allen „fortgeschrittenen“ Gesellschaften, und im sozialdemokratischen Schweden bis in die sechziger Jahre hinein, betriebenen staatlichen Maßnahmen zur „eugenischen“ Verbesserung der biologischen „Erbsubstanz“ der Bevölkerung, in Deutschland als „Rassenhygiene“ bekannt. Spätestens in den 1920er Jahren scheint es auch in den demokratischen Ländern des Westens keinen nennenswerten Widerspruch mehr gegen die Vorstellung gegeben zu haben, dass Staat und Medizin dazu berufen seien, unter Einsatz staatlicher Machtmittel und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen im Interesse der Gesellschaft zu bestimmen, wer sich mit wem fortpflanzen darf und wer nicht.

Nichts von alledem werde ich in dieser Vorlesung behandeln. Auch über den immer weiter gestiegenen Beratungsbedarf des Staates werde ich nichts sagen, ebenso wenig wie über den ins gänzlich Unübersichtliche, weit über die Heeresforschungsämter und wissenschaftlich-technischen Reichsanstalten der Vergangenheit hinaus gewachsenen staatlichen Beratungsapparat und seinen komplexen organisatorischen Aufbau. Hierzu verweise ich auf das kürzlich erschienene Buch von Weingart und Lentsch, *Wissen, Beraten, Entscheiden: Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland* (2008), das die Resultate einer interdisziplinären Arbeitsgruppe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zum Thema „Wissenschaftliche Politikberatung in der Demokratie“ zusammenfasst.

Des Weiteren werde ich es mir versagen, im Einzelnen auf die Ernüchterung und sogar Enttäuschung einzugehen, die seit dem Ende der fortschrittsgläubigen Nachkriegsjahrzehnte<sup>1</sup> auf beiden Seiten, bei der Politik wie bei der Wissenschaft, zu beobachten ist, wenn von wissenschaftlicher Politikberatung die Rede ist. Luhmanns Differenzierungstheorem, wonach Politik und Wissenschaft jeweils eigenen, miteinander unvereinbaren Logiken folgen, ist tief in das Alltagsverständnis der Gegenwart eingedrungen. Zu den heute dominierenden Aspekten des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik gehören in der Öffentlichkeit verbreitete und von einer neuen Politik mit Nachdruck repräsentierte Zweifel an der Wünschbarkeit einer wissenschaftlich durchgestalteten, durchrationalisierten Natur und Gesellschaft – Zweifel, die dem professionellen Wissenschaftler und Techniker oft als Ausfluss einer unbegreiflichen neuen Romantik erscheinen. Genährt werden sie allerdings auch durch die wissenschaftliche Forschung selber, deren rapides Wachstum als institutionalisiertes Tätigkeitsfeld dazu führt, dass die grundsätzliche Bestreitbarkeit jeder als wissenschaftlich deklarierten Wahrheit zunehmend sichtbar wird: Je mehr Wissenschaft, desto umstrittener und damit vorläufiger und weniger autoritativ ihre Ergebnisse. Zu vieles, was noch vor ein paar Jahren als neueste wissenschaftliche Erkenntnis verkauft wurde, ist in der Zwischenzeit, im Zuge des wissenschaftlichen Fortschritts, für widerlegt erklärt worden. Was soll man mit einer Wahrheit anfangen, die nach eigenem Bekunden nur auf Widerruf gelten will, bis zu ihrer anscheinend unvermeidlich folgenden Falsifizierung? Politiker und Bürger jedenfalls glauben längst, dass sich für jede beliebige Ansicht Experten finden lassen, die sie für wissenschaftlich wahr erklären – zumal niemand übersehen kann, dass der ins Riesenhafte gewachsene wissenschaftlich-technische Komplex entsprechend riesenhafte Geldsummen benötigt, um sich und die Karrieren seines Personals zu finanzieren. Kann Wissenschaft zugleich Industrie und Produzent unparteiischer Wahrheit sein?

---

1 Ein Ende, das mit der Verarbeitung der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki und der nuklearen Bedrohungserfahrung des Kalten Krieges durch die nachwachsende Generation ebenso zu tun hatte wie mit der weltweiten Sichtbarkeit eines Großtechnokraten („the best and the brightest“) wie Robert McNamara als Kriegsherr, Planer und Verlierer des verwissenschaftlichtesten und zugleich sinnlosesten Vernichtungsfeldzugs aller Zeiten, des Vietnam-Krieges.

So setzt sich eine Misstrauensspirale in Gang und droht, das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in allseitigen Zynismus zu tauchen. Wissenschaftler sehen Politiker als Opportunisten, die sich aus Angst vor dem Wähler weigern, das sachlich Gebotene zu tun; zugleich verlangen sie, von ihnen finanziert zu werden. Politiker sehen Wissenschaftler als dogmatische Verfechter bestreitbarer Behauptungen, die sich nicht einmal untereinander einigen können,<sup>2</sup> aber der Politik vorschreiben wollen, was sie zu tun hat, und zugleich als rabiate Interessengruppe, die das Blaue vom Himmel verspricht, wie Kernfusion und Stammzelltherapie, ohne es je liefern zu können. Einerseits brauchen Politiker die Wissenschaft, weil die Wähler Entscheidungen wollen könnten, die „sachgerecht“ sind oder doch mit Hilfe von „Experten“ als solche dargestellt werden können, andererseits können sie sich auf sie nicht sicher verlassen; einerseits müssen sie ihre Unabhängigkeit respektieren, wenn sie aus ihrer Reputation Nutzen ziehen wollen, andererseits lädt die materielle Bedürftigkeit der Wissenschaft die Politik geradezu dazu ein, sich Forschungsergebnisse nach Maß zu bestellen.<sup>3</sup> All das will ich hier und heute nicht behandeln, schon weil andere davon viel mehr verstehen als ich.

Stattdessen möchte ich mich im Folgenden auf die Sozialwissenschaften konzentrieren und die Frage untersuchen, was speziell sie zur Beratung der Politik beitragen können. In der Tat ist es ja so, dass viele, die Sozialwissenschaften studieren und sie anschließend als Beruf betreiben, dies mit dem Wunsch tun oder doch ursprünglich getan haben, zu einer besseren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen. Trotz aller gerechtfertigten Skepsis glaube ich und möchte ich zeigen, dass dies nicht völlig illusionär ist und dass wir als Sozialwissenschaftler tatsächlich mitunter helfen können, die Politik und mit ihr die öffentlichen Angelegenheiten durch guten Rat zu verbessern. Allerdings, und das ist meine These, müssen wir dabei bescheiden sein. Das, worauf moderne Sozialwissenschaftler am meisten stolz sind, ihre Theorien, wird in der Praxis am wenigsten gebraucht. *Erklärungen* sind für die Politik in der Regel nicht interes-

---

2 Schon Machiavelli wusste: „Ein Fürst, der sich mit mehreren berät, wird nie übereinstimmende Ratschläge erhalten, noch es verstehen, sie in Einklang zu bringen“ (Machiavelli 1990[1514]: 114).

3 Wobei es oft der Bestellung gar nicht bedarf. „Gefälligkeitsgutachten“ kommen auch zustande, ohne dass man ausdrücklich um sie bitten muss. Das scheint insbesondere in der Ökonomie der Fall zu sein. In einer vor Kurzem erschienenen Studie über die Treffsicherheit von Konjunkturprognosen wird eine Untersuchung zur „politischen Ökonomie wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung“ zitiert, in der es heißt: „Because it is possible to find for any political position economists who defend it (for money), economists giving policy advice are in the general public often accused of being corruptible.“ Interessant ist, wie die Autoren der Studie, selber Ökonomen, diesen Satz kommentieren: „Grundsätzlich ist dem Autor zuzustimmen, denn die Hypothese, nach der die Institute [für Wirtschaftsforschung] vorzugsweise ihren eigenen Nutzen fördern wollen, muss aus ökonomischer Sicht hoch plausibel, wenn nicht selbstverständlich erscheinen. Unterstellen Volkswirte doch in der Regel allen anderen Teilen der Gesellschaft – zuvorderst Politikern und Bürokraten – genau diese Motivation. Warum ausgerechnet Ökonomen die einzigen Wirtschaftssubjekte sein sollten, die sich nur am Gemeinwohl orientierten (sic!), ist so nicht konsistent zu begründen“ (Döpke/Fritsche 2009). Schon die Antike hat vergeblich gerätselt, was wahr sein kann, wenn ein Kreter sagt, dass alle Kreter lügen. Die Frage ist, wer Produkte kaufen will, die von ihren eigenen Erzeugern so beschrieben werden, und warum. Dazu später mehr.

sant; *Vorhersagen* sind in den Sozialwissenschaften kaum möglich; und die *technische Nutzung* sozialwissenschaftlicher Theorien zur Veränderung sozialen Verhaltens oder sozialer Verhältnisse ist, glücklicherweise, nicht mehr als eine schlechte Utopie. Weniger „theoretische“, und damit freilich wissenschaftlich weniger angesehene, Forschung dagegen, darunter die deskriptive Erfassung der sozialen Realität durch *Zählen, Messen und Beobachten*, kann von erheblichem praktischen und gesellschaftlichen Nutzen sein. Und obwohl sozialwissenschaftliche Forschung niemals die Intuition des erfahrenen Praktikers ersetzen oder dem Politiker die Last verantwortlicher Entscheidungen unter Risiko abnehmen kann, kann sie ihm helfen, die Erfahrungen der Vergangenheit und die Möglichkeiten der Zukunft besser zu überschauen und sich von in der Gegenwart mächtigen Mythen über das, was tatsächlich, was möglich und was unmöglich ist, frei zu machen. Und schließlich können die Sozialwissenschaften, diesmal durchaus auch und in der Tat vor allem ihre stärker theoretischen Ausprägungen, auch längerfristig die politische Praxis beeinflussen, und zwar dadurch, dass ihre scheinbar nur akademischen Diskussionen die kulturelle Selbstbeschreibung der Gesellschaft und mit ihr das Weltverständnis künftiger Generationen von Wählern und Entscheidungsträgern in nicht zu unterschätzender, nachhaltiger Weise prägen.

## II.

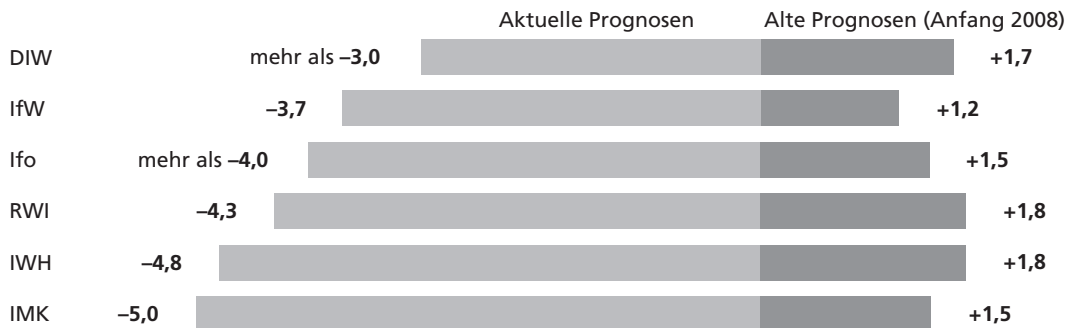
Ehrgeizigstes Ziel des *mainstreams* der modernen Sozialwissenschaften ist die Entwicklung von *Theorien*, die beobachtete Tatsachen als Wirkungen anderer beobachteter Tatsachen – ihrer *Ursachen* – *erklären*. Woran liegt es, dass die Geburtenrate seit Jahrzehnten zurückgeht, die Wahlbeteiligung überall in Europa sinkt, große Teile Afrikas sich nicht „entwickeln“ und unsere Landesbanken auf faulen amerikanischen Hypotheken sitzen geblieben sind? Politiker, als Menschen der Tat, interessieren sich für Erklärungen allerdings nur dann, wenn das, was sie erklären, für sie von praktischer Bedeutung ist *und* die von der Theorie behaupteten Ursachen mit politischen Mitteln so beeinflusst werden können, dass sich ihre Wirkungen in eine gewollte Richtung verändern. Eine Theorie, die abnehmende Schulleistungen auf beschleunigte biologische Entwicklungsprozesse im Jugendalter zurückführt, mag wahr oder falsch sein, ist aber politisch uninteressant (außer dass sie dazu verwendet werden könnte, die Regierung von Verantwortung freizusprechen). Anders wäre das bei einer Erklärung durch gestiegene Klassengrößen oder, sagen wir, die Abschaffung der Kopfnoten: Hier kann die ermittelte Ursache als Hebel genutzt werden – durch die Regierung, um die Leistungen der Schüler zu verbessern, oder durch die Opposition, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.<sup>4</sup>

---

4 Aus wissenschaftlicher Sicht sind die Zielgrößen und Hebelvariablen der Politik nicht notwendig die theoretisch ergiebigsten Forschungsgegenstände. Durch ihre Beschränkung auf politisch relevante „abhängige“ und politisch handhabbare „unabhängige“ Variablen erscheint die sogenannte „Policy-Forschung“ manchem Theoretiker etwas bieder.



Abbildung 1 Wirtschaftswachstum: Prognosen des Wirtschaftswachstums der Wirtschaftsforschungsinstitute für 2009



DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), IfW (Institut für Weltwirtschaft), Ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung), IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle), IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung).

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. April; F.A.Z.-Grafik.

Anders als für Erklärungen interessieren sich Politiker fast immer für *Vorhersagen*. Auch diese beruhen auf Theorien und sind im Prinzip ebenfalls Erklärungen, allerdings zukünftiger statt gegenwärtiger oder vergangener Zustände. Viele Wissenschaftler, einschließlich einiger Sozialwissenschaftler, halten denn auch die Fähigkeit zur Prognose für das eigentliche Merkmal einer guten Theorie. Da Politiker ständig Wetten auf die Zukunft eingehen müssen, neigen sie dazu, das ähnlich zu sehen. Wer deshalb als Wissenschaftler Auskunft darüber verspricht, um wie viel die Wirtschaft im nächsten Jahr wachsen oder schrumpfen wird, was in zehn Jahren die Berufe mit den höchsten Zuwachsraten sein werden, wie viele zusätzliche Geburten ein weiteres Elterngeld bewirken wird und welcher neue Spitzenkandidat seine Partei nach vorne bringen könnte – der kann sich nicht nur aufmerksamer Zuwendung, sondern auch umfangreicher Zuwendungen von Parteien und Regierungen sicher sein.

Allerdings gibt es gute Gründe zu vermuten, dass es mit der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften nicht nur gegenwärtig und zufällig, sondern auch grundsätzlich nicht weit her ist. „Why did no one see this coming?“ fragte die Queen im November 2008 bei einem Besuch der London School of Economics. Die Antwort der Wissenschaftler als Interessenvertreter ihrer selbst hätte sein können: weil in der Vergangenheit nicht genug in die Forschung investiert wurde. Aber so hartgesotten waren damals nicht einmal die Ökonomen; der Schock war wohl noch zu groß. Noch Anfang 2008 sagten die sechs größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2009 im Durchschnitt ein Wachstum der Volkswirtschaft um 1,6 Prozent voraus. Im April 2009 hatten sie ihre Prognosen auf durchschnittlich -4,1 Prozent korrigiert, mit Extremwerten von „deutlich mehr als -3,0“ bis -5,0 Prozent (Abb. 1). Eine Katastrophe? Mitte April 2009 erklärte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), „in der gegenwärtigen Situation außergewöhnlich großer Unsicherheit sei eine quantitative Prognose für 2010 nicht sinnvoll“. Die Makroökonomik befinde sich „in einem Erklärungsnotstand“ (FAZ, 15. April 2009). Hierfür wurde er von seinen Kollegen öffentlich

und nachdrücklich zur Ordnung gerufen. Mittlerweile werden wieder munter Prognosen in die Welt gesetzt, wie immer auf Zehntelprozente genau, und die Politik nimmt sie gerne entgegen und zitiert sie, als sei nichts gewesen. Ich komme auf dieses erstaunliche Phänomen noch zurück.

Eine andere, bessere Antwort auf die Frage der Queen wäre gewesen: Einige *haben* „es kommen sehen“, schon weil *jedes* Ereignis immer von einigen vorhergesehen wird, wenn die Zahl der Vorherseher nur groß genug ist. Sogar beim Lotto gewinnt ja in der Regel jemand, und zwar zweimal pro Woche. Hier wie da kann man recht haben, ohne irgendetwas wirklich gewusst zu haben. Nicht, dass wirkliches Wissen geschadet hätte, beispielsweise ein funktionierendes historisches Kurzzeitgedächtnis, in dem die LTCM-Krise, das Platzen der Technologieblase, die Asienkrise und ähnliche Ereignisse der Zeit nach 1972 noch präsent gewesen wären. Forschern allerdings, denen nur modelltheoretisches, nicht aber historisches Wissen als solches gilt, war der Zugang hierzu erschwert. Versperrt war er freilich nicht: Die verwendeten Modelle hätten nur die Möglichkeit nicht von vornherein ausschließen dürfen, dass Märkte auch einmal nicht effizient sein können. Allerdings, im „groupthink“ der Disziplin hätte das ihre Erfinder als Außenseiter abgestempelt<sup>5</sup> – von denen es, dem unter Ökonomen ungeheuer starken Konformitätsdruck zum Trotz, tatsächlich immer noch ein paar gibt. Sie jedenfalls kannten gute Gründe für die Vermutung – die sie auch nicht verschwiegen haben, obwohl sie keiner hören wollte – dass es irgendwann und bald wieder einen Crash geben würde, weil es, entgegen anderslautenden Behauptungen, einen Kapitalismus ohne Crash (noch?) nicht gibt. Aber welche Gestalt der Crash annehmen, wo er beginnen und wie oder ob er enden würde, konnten auch sie nicht wissen, und die besten unter ihnen haben auch genau das gesagt.

*Dass* man dies nicht wissen konnte und nie wissen wird, liegt im Übrigen nicht an mangelnder Forschung, sondern im „Wesen der Sache“: in der Natur der sozialen Welt und der Art des Wissens, das wir bestenfalls über sie erwerben können. Mittlerweile spricht sich herum, dass die Sozialwissenschaften außerstande sind, sogenannte *point predictions* – Vorhersagen über einzelne Fälle – zu liefern. Ich lasse offen, ob die Naturwissenschaften dies wirklich besser können, und frage stattdessen, was für Vorhersagen dann noch übrig bleiben, die von praktischem Nutzen sein sollen. Tatsächlich dürften nämlich *point predictions* die einzigen Vorhersagen sein, an denen die Politik ein Interesse haben könnte. So mag es gut sein zu wissen, dass wirtschaftliches Wachstum zur Entstehung stabiler Demokratien beiträgt. Was man als politischer Praktiker aber vor allem wissen müsste, wäre, ob das beispielsweise auch für China oder die Philippinen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gilt. *Darüber aber kann die Wissenschaft nichts sagen*. Alles, was sie hervorbringen kann, sind Wahrscheinlichkeitsaussagen ohne Einzelfallgarantie, für Demokratisierung ebenso wie für Wahlausgänge und Militärputsche oder den Ausbruch und Ausgang von Kriegen und, natürlich, Finanzkrisen.

---

5 Ich würde im Übrigen vermuten, dass ein Modell ohne *efficient markets* für die meisten Ökonomen schlicht keins ist.

Dass die Sozialwissenschaften nichts über einzelne Fälle sagen können, hat solide logische Gründe und ist auch durch noch so ingeniose Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Werkzeugkastens nicht zu ändern. Jede Betrachtung gesellschaftlicher Prozesse hat es mit Fallzahlen zu tun, die niedriger sind als die Zahl der Faktoren, die als Erklärung infrage kommen. Damit aber gibt es für jeden *gegenwärtigen* Zustand unvermeidlich mehr als eine gültige Erklärung, und jeder *zukünftige* Zustand erscheint als einmaliges Resultat eines einmaligen Zusammenwirkens einer Vielzahl von Faktoren, als Unikat, für das es keine Normalverteilung gibt und dessen Besonderheiten deshalb nicht auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten reduziert werden können.

Man kann das auch noch weiter zuspitzen: In der Unmöglichkeit, sich eine von Zufällen bereinigte Zukunft vorzustellen, erweist sich die wesentliche *Geschichtlichkeit* der sozialen Welt. Geschichte vollzieht sich durch *Ereignisse*, die auch hätten ausbleiben können und dann eine andere Geschichte zugelassen hätten. Ohne den Ersten Weltkrieg und die Russische Revolution, die nicht hätten stattfinden *müssen*, wäre das 20. Jahrhundert anders verlaufen und hätte sich der moderne Kapitalismus anders entwickelt; *wie* anders kann aber niemand wissen. Ohne die Vernichtung der Dinosaurier durch den Einschlag eines Meteoriten gäbe es keine Säugetiere und damit keine Menschen; das kann man wissen, ohne dass man wissen könnte, was aus den Dinosauriern geworden wäre, wenn sie hätten weitermachen dürfen (ob etwa ihre gegenwärtigen Nachkommen mit Messer und Gabel oder mit Stäbchen essen würden). Historische Ereignisse wie der Zusammenbruch des Kommunismus 1989, die Wiedervereinigung oder die gegenwärtige Finanzkrise können nachträglich als wahrscheinlich rekonstruiert oder gar für unvermeidlich erklärt werden; solange sie aber noch nicht eingetreten sind, können andere Ereignisse sie verhindern, aufschieben oder modifizieren, ohne dass jemand jemals wissen könnte, dass sie grade im Begriff waren einzutreten.

Im Jargon der modernen Sozialwissenschaft spricht man statt von Geschichtlichkeit lieber von nichtlinearer Komplexität, wie in der sogenannten „Katastrophentheorie“. Aber eigentlich bedarf es keiner mathematischen Kunststücke, um zu verstehen, dass die *Offenheit der Zukunft* eine fundamentale Gegebenheit allen politischen Handelns ist. 1937, ein Jahr nach dem Erscheinen der *General Theory*, fasste John Maynard Keynes in einer Antwort auf seine Kritiker noch einmal zusammen, warum man über die Zukunft nichts Genaueres wissen kann: weil man, wo es darauf ankommt, es nicht mit berechenbaren Wahrscheinlichkeiten, sondern mit uncertainty – „Ungewissheit“ – zu tun habe:

By „uncertain“ knowledge ... I do not mean merely to distinguish what is known for certain from what is only probable. The game of roulette is not subject, in this sense, to uncertainty ... Or, again, the expectation of life is only slightly uncertain. Even the weather is only moderately uncertain. The sense in which I am using the term is that in which the prospect of a European war is uncertain, or the price of copper and the rate of interest twenty years hence, or the obsolescence of a new invention, or the position of private wealth owners in the social system, in 1970. About these matters there is no scientific basis on which to form any calculable probability whatever. We simply do not know. Nevertheless, the necessity for action and for decision compels us as practical men to do our best to overlook this awkward fact ... (Keynes 1937)

Ungewissheit, in anderen Worten, herrscht nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis – *und in der ersteren vor allem, weil sie in der letzteren herrscht*. Eine verbreitete Methode, wie soziale Akteure mit Ungewissheit umgehen, besteht darin, dass sie ihr Handeln und ihre Erwartungen an denen anderer Akteure orientieren, die wiederum dasselbe tun. Zu den Folgen finden sich bei Keynes Sätze, die sich lesen, als seien sie als Kommentar zur gegenwärtigen Finanzkrise geschrieben worden:<sup>6</sup>

Knowing that our own individual judgment is worthless, we endeavor to fall back on the judgment of the rest of the world which is perhaps better informed. That is, we endeavor to conform with the behavior of the majority or the average ... A practical theory of the future ... being based on such a flimsy foundation ... is subject to sudden and violent changes ... New fears and hopes will, without warning, take charge of human conduct. The forces of disillusion may suddenly impose a new basis of valuation ... (Keynes 1937)

Spätestens wenn das geschieht, so Keynes, müssen alle „wissenschaftlichen“ Methoden zur Vorhersage der Zukunft – „all these pretty, polite techniques, made for a well-pannelled Board Room and a nicely regulated market“ – versagen:

I accuse the classical economic theory of being one of these pretty, polite techniques which tries to deal with the present by abstracting from the fact that we know very little about the future. (Keynes 1937)

Es ist wichtig, sich noch einmal vor Augen zu führen, was Keynes genau hier tut. Zunächst begründet er, wie gesagt, die Unmöglichkeit von wissenschaftlichen Vorhersagen in der Ökonomie – genauer: die Unfähigkeit der Wirtschaftstheorie, die grundsätzliche Ungewissheit der Zukunft zu überwinden – nicht mehr nur erkenntnistheoretisch, sondern vor allem ontologisch: unter Bezug auf die Besonderheiten der von der Ökonomie untersuchten Welt. Diese liegen darin, dass sie sich aus einem Zusammenwirken von aufeinander bezogenen individuellen Handlungen ergibt, wobei die Handelnden, solange ihr Handeln unkoordiniert ist, nicht wissen können, was sie wissen müssten, um sicher zu sein, dass sie wirklich tun, was in ihrem Interesse liegt. Dass das so ist, hat zur Folge, dass sich die für sich genommen durchaus „rationalen“, strategischen Handlungen der Einzelnen zu Resultaten aggregieren können, die in dem Sinne „irrational“ sind, als sie die Verwirklichung der von den Akteuren verfolgten Interessen unmöglich machen. Vorhersagbar, und damit beherrschbar, sind die Aggregateffekte individueller Handlungen nur dann, wenn diese durch gesellschaftliche Regulierung auf ein gewünschtes Gesamtergebnis hin koordiniert werden, also nicht mehr allein dem selbstinteressierten Belieben der Handelnden anheimgestellt sind.

Keynes' Argument ist von Bedeutung weit über die Wirtschaftstheorie hinaus; letztlich enthält es eine radikale antipositivistische Fundamentalkritik eines Großteils der modernen Sozialwissenschaften. Solange die Wirtschaft – und das heißt bei Keynes immer

---

6 Und die sich sehr gut als Element einer handlungstheoretischen *micro-foundation* einer Theorie der Geschichtlichkeit der sozialen Welt eignen würden.

auch: die Gesellschaft – als Natur behandelt und die Wissenschaft von der Wirtschaft als Suche nach Naturgesetzen betrieben wird, wird man über die Welt nichts wissen können. Systeme von aufeinander bezogenen Handlungen sind ihrem Wesen nach zu komplex – das heißt zu lebendig, zu reagibel, zu historisch – um nach allgemeinen, unwandelbaren, ihnen äußerlichen Gesetzen berechenbar zu sein. Berechenbar werden sie erst nach Maßgabe von Gesetzen, die sie sich selbst gegeben haben: Nicht Naturgesetze regeln die soziale Welt, sondern menschliche Gesetze, gesellschaftliche Institutionen, das Recht. Freie Märkte – das freie Spiel sich selbst überlassener, selbstinteressierter Kräfte – sind deshalb grundsätzlich nicht beherrschbar und stets krisenanfällig; wissen, was geschehen wird, und es dementsprechend beeinflussen kann man nur in einem Markt, der, in Keynes' Worten, „nicely regulated“ ist. Allgemeiner formuliert, Gesellschaft als Natur ist unverständlich, nicht gestaltbar und gefährlich; die einzigen Gesetze, mit denen Verständlichkeit und Gestaltbarkeit der Gesellschaft gesichert werden können, sind solche, die die Gesellschaft sich durch ihre Regierung – durch Politik und Recht – selber gibt.<sup>7</sup>

### III.

Noch lieber als Vorhersagen wären der Politik sozialtechnische *Handlungsanweisungen* zur Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung. Politiker stellen sich die Gesellschaft gerne als Maschine mit „Stellschrauben“ vor: Man dreht an der richtigen Schraube, und die Welt funktioniert nach Wunsch. Aufgabe der Wissenschaft soll es sein, die Stellschrauben lesbar zu beschriften. Auch dies erfordert Theorie, das heißt gesichertes Wissen über Wenn-dann-Beziehungen zwischen Ursachen und Wirkungen. Für politische Steuerung verwertbar sind Theorien wie gesagt dann, wenn sie als *Ursachen* Faktoren angeben, die von der Politik als Stellgrößen oder *Mittel* eingesetzt werden können, und als *Wirkungen* Zustände, die für die Politik Sollzustände oder *Ziele* sind.

Woher kommen diese mechanistische Weltsicht und die sozialtechnischen Utopien, die sich aus ihr speisen? Das klassische Mittel der Politik zur Erreichung kollektiver Ziele ist „Führung“: die Beeinflussung des *Verhaltens* der Bürger durch Beeinflussung ihrer *Einstellungen*. In Demokratien soll sich Führung durch Argumente in öffentlicher Debatte vollziehen. Appelle an Vernunft und Solidarität erfordern jedoch viel Zeit und Mühe. Und manche Dinge, die sich aus dem alltäglichen Geben und Nehmen der Politik herleiten und die getan werden müssen, weil mächtige Interessenten oder Verbündete sie verlangen, sind so absurd, dass sie sich den Bürgern auch mit Engelszungen nicht einreden lassen – etwa dass „die Freiheit Deutschlands am Hindukusch“ verteidigt werden muss.

---

7 Allerdings endet das Thema hier nicht. Auch Institutionen unterliegen in ihrer Realisierung dem strategischen Handeln selbstinteressierter und erfindungsreicher Akteure und verändern sich dadurch in der Zeit (Streeck/Thelen 2005).

Da wäre es doch schön, wenn die Wissenschaft Stellschrauben am Kollektivbewusstsein ausfindig machen könnte, mit deren Hilfe sich der lange Weg zum politischen Konsens etwas abkürzen ließe.

Dass öffentliche Rede mehr oder weniger wirksam sein kann, wusste schon die Antike und erfand die Wissenschaft der Rhetorik. Sie von der Demagogie abzugrenzen, die nicht an die Vernunft, sondern an die Emotion appelliert, war nie einfach. Zum äußersten gesteigert wurde die Demagogie von der staatlichen Propaganda der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts. Sie war eine Sozialtechnologie nach dem Geist der Zeit. Um nicht ein weiteres Mal psychotechnischer Kontrolle anheimzufallen, haben die Bürger moderner Demokratien vielfältige institutionelle Vorkehrungen getroffen: der Regierung Rundfunk und Fernsehen abgenommen und die Presse- und Meinungsfreiheit beinahe mehr als jedes andere Grundrecht gesichert. Mit einem derart gestutzten Instrumentarium ist Propaganda im klassischen Sinn schwer geworden. Parteien und Regierungen, die heute für sich werben wollen, orientieren sich denn auch eher an wirtschaftlichen Vorbildern: An die Stelle politischer Propaganda ist das politische Marketing getreten. Dabei können sich die beauftragten Agenturen durchaus eines umfangreichen „wissenschaftlich“ ausgetesteten Werkzeugkastens bedienen, von Fokusgruppen zur Farbpsychologie. Dennoch geht es heute in der Politik- ebenso wie in der Produktwerbung eher um die Anpassung des Produkts an bestehende Vorlieben als umgekehrt, und die mit den verfügbaren Mitteln verfolgbaren Ziele gehen über ein gutes Abschneiden bei der nächsten Wahl oder die allgemeine Einhaltung der Richtgeschwindigkeit auf der Autobahn kaum hinaus.<sup>8</sup>

Allerdings ist damit der Traum von wissenschaftlichen Techniken zur Verhaltenssteuerung noch nicht ausgeträumt – von Techniken, die keinen Widerstand auslösen, weil ihr Einsatz von den Betroffenen erst gar nicht bemerkt wird. Viele glauben, dass deren Entwicklung die eigentliche Aufgabe einer wirklich wissenschaftlichen Sozialwissenschaft sei. So wird man als Sozialwissenschaftler immer wieder von Kollegen aus den Naturwissenschaften nach Maßnahmen gefragt, mit denen man die „Technikfeindlichkeit“ der Öffentlichkeit überwinden könnte; schließlich sei das doch Gebiet, auf dem man sich auskenne. Anders als in den Natur- oder Ingenieurwissenschaften besteht aber, um es zu wiederholen, der Objektbereich der Sozialwissenschaften selbst aus beobachtungs- und handlungsfähigen Subjekten, denen keineswegs gleichgültig ist, was die Wissenschaft über sie behauptet und wozu ihre Erkenntnisse von der Politik verwendet werden. Menschen können Versuche, ihr Handeln zu steuern, erkennen und ihnen Intentionen zuordnen, auf die sie mit eigenen Intentionen reagieren können. Zu diesen gehört ein elementares Bedürfnis, mit Gründen überzeugt, statt mit Reizen gesteuert zu werden. Alle demokratischen Gesellschaften – also Gesellschaften, deren Mitglieder etwas „zu sagen haben“ – unterwerfen deshalb den Einsatz verhaltenssteuernder Techniken strengen Regeln. So wäre, selbst wenn die Forschung über „Neuro-Marketing“ hiel-

---

8 Schwer vorzustellen, dass sich mit den Methoden heutiger Wahlkämpfe ein sehnliches Bedürfnis der Bevölkerung nach militärischer Eroberung Afghanistans erzeugen ließe.



te, was ihre Betreiber der Welt und ihre Interessenten sich von ihr versprechen, damit zu rechnen, dass die Anwendung ihrer Ergebnisse, wenn es jemals dazu käme, rechtlich eng begrenzt würde.

Ebenso wie die Sozialwissenschaft die Zukunft nicht vorhersagen kann, bleiben die Reaktionen handelnder Subjekte auf wissenschaftliche Steuerungsversuche unberechenbar. Sozialwissenschaftliche Theorien lassen sich nicht geheim halten; ihr Einsatz zur Verhaltenskontrolle wird über kurz oder lang bemerkt, auf seine Absichten hin untersucht und absichtsvoll beantwortet. So wollten die Forscher bei den berühmten Hawthorne-Experimenten (1924–1932) herausgefunden haben, dass Arbeiterinnen auch ohne Lohnerhöhung schneller und besser arbeiten, wenn man freundlich zu ihnen ist und die Wände ihrer Werkstatt gelb anstreicht. Aber nachdem sich unter den Beschäftigten herumgesprachen hatte, dass das Management mit seinen guten Worten und der gelben Farbe „nur“ Geld sparen wollte, kam es zu Lohnforderungen und einem Streik.<sup>9</sup> Ein ähnliches Schicksal traf posthum John Maynard Keynes, der doch besser als alle anderen Ökonomen seiner Zeit verstanden hatte, wie wichtig Erwartungen für Verhalten sind. Als in den siebziger Jahren die „Keynesianische“ Globalsteuerung der Wirtschaft mittels Geld- und Fiskalpolitik zur etablierten Praxis geworden war, reagierten Unternehmen und Konsumenten immer zögerlicher auf sinkende Zinsen, weil sie glaubten, bei anhaltender Stagnation mit weiteren Zinssenkungen rechnen zu können. Am Ende „funktionierte“ die Theorie nicht mehr, weil sie allgemein bekannt und zur Grundlage eigensinnigen strategischen Handelns ihrer Objekte geworden war.<sup>10</sup>

Erstaunlicherweise scheint selbst jemand wie Max Weber diese Möglichkeit übersehen zu haben. Weber ging es bekanntlich darum, dass Wissenschaft „wertfrei“ bleiben müsse, also ihre Autorität nicht für politische Ziele missbrauchen lassen dürfe. Das Reich der Wissenschaft war für Weber eins der Mittel, nicht der Ziele (Weber 1992 [1917/1919, 1919]). Aufgabe des „Fachmanns“, des Wissenschaftlers oder des wissenschaftlich geschulten Beamten, sollte es sein, den Politiker unparteiisch über die Mittel aufzuklären, die ihn am ehesten zu seinem Ziel führen würden. Auch sollte er ihm die Nebenfolgen vor Augen führen, mit denen bei gegebenen Zielen und Mitteln zu rechnen sein würde. Liest man die entsprechenden Stellen heute nach, so hat man den Eindruck, dass Weber die Prognosefähigkeit der Theorien weit überschätzt hat, von denen abhängt, ob

---

9 „So fühlt man Absicht, und man ist verstimmt“ (Goethe, *Torquato Tasso*).

10 Wie unberechenbar das rational-intentionale Verhalten der Adressaten politischer Maßnahmen ist, zeigt auch das Beispiel der Reform der Sozialhilfe durch die sogenannten Hartz IV-Gesetze. Für das Jahr 2005 hatte der Bund 29,5 Mrd. Euro für das neu geschaffene ALG II vorgesehen. Tatsächlich betrug die Ausgaben 37,5 Mrd., zumeist wegen überraschender Anpassungen der Betroffenen an die beabsichtigten Leistungskürzungen. So zogen Jugendliche von zuhause aus und zusammenlebende Partner zum Schein in verschiedene Wohnungen, um jeweils eigene „Bedarfsgemeinschaften“ zu begründen und die dafür fälligen Grundbeträge zu kassieren. Die Experten in den Behörden und Forschungsinstituten hatten das nicht vorhergesehen (Streeck 2007). Hätten sie das gekonnt? Hinterher, heißt es, ist man immer klüger. Warum erst hinterher? Die Antwort ist: weil die ihre Interessen verfolgenden Subjekte immer erfindungsreicher sind als die Theoretiker, oder Sozialingenieure, die ihr Verhalten „ausrechnen“ wollen.

Aussagen über die Folgen und Nebenfolgen verschiedener Politikinstrumente zutreffen – und es erscheint denkbar, dass dies auch daran gelegen haben könnte, dass er nicht in Betracht ziehen wollte, dass die Geltung derartiger Theorien durch ihr Bekanntwerden außer Kraft gesetzt werden könnte.

Viele andere Facetten des Verhältnisses zwischen Prognosen über menschliches Handeln und diesem selber ließen sich noch durchdeklinieren. Für alle gilt, dass der Umstand, dass sozialwissenschaftliche Theorien in der Welt, die sie analysieren, zur Kenntnis genommen werden können, ihre Geltung auf die eine oder andere Weise beeinflussen kann. Eine besondere Variante dieses Zusammenhangs ist der Einsatz von Prognosen in der Wirtschaftspolitik. Wenn die Wissenschaft eine günstige Wirtschaftsentwicklung vorhersagt, fassen die Wirtschaftssubjekte – zumindest glauben das Wirtschaftswissenschaftler wie Politiker – „Mut“ und investieren oder konsumieren; sie werden, im Jargon dessen, was Wirtschaftswissenschaftler unter „Psychologie“ verstehen, „optimistisch“. Sind die Vorhersagen dagegen schlecht, breitet sich „Pessimismus“ aus, und Investitionen und Konsum gehen zurück. Da die Wirtschaft ein Handlungssystem ist, sind die „Erwartungen“ der Wirtschaftssubjekte für das, was in ihr geschieht, von kausaler Bedeutung, und in der Tat ist Robert K. Mertons Begriff der „self-fulfilling prophecy“ (Merton 1957) kaum irgendwo so sehr in das Alltagsverständnis eingeflossen wie in der Wirtschaftspolitik. Denkt man die Sache zu Ende, ergibt sich die paradoxe Möglichkeit, dass eine Vorhersage, die ursprünglich und „objektiv“ falsch war, dadurch richtig werden kann, dass sie bekannt gemacht wird: Wenn „eigentlich“ schlechte Zeiten bevorstehen, kann die falsche Vorhersage guter Zeiten dazu führen, dass die schlechten Zeiten ausbleiben und alles gut ausgehen wird. Politiker, die angesichts einer bevorstehenden Krise nicht mehr weiterwissen, verlegen sich deshalb gerne darauf, die Krise kleinzureden oder zu leugnen, in der Hoffnung, dass sie dann auch klein bleibt. Andere Mitglieder der politischen Klasse – vor allem solche, die sich gerade in der Opposition befinden – die die Befürchtung ausdrücken, es könne schlimm werden, werden dann beschuldigt, sie wollten „die Katastrophe herbeireden“ – selbst wenn diese nach allen „wissenschaftlichen“ Kriterien „objektiv“ bevorsteht.

Auch Ökonomen können in oder vor einer Krise in diesem Sinne zu „Staatsmännern“ mutieren und sich überreden lassen, oder sich selbst dazu überreden, ihre Prognosen, natürlich im Interesse der Allgemeinheit, nach oben zu verschönern, um Panik zu vermeiden und der Wirtschaftspolitik die Arbeit zu erleichtern. Die Verantwortung des Wissenschaftlers bestünde dann nicht mehr in der *Berechnung* der Welt, sondern vielmehr in ihrer *Beeinflussung* durch die gezielte Massage von Daten und Methoden. Im Extremfall, wie auf dem Höhepunkt der gegenwärtigen Finanzkrise, können dann Elitenkartelle entstehen, deren Mitglieder sich gegenseitig zu ostentativem Optimismus verpflichten, egal in welche Abgründe sie geblickt haben und noch blicken. Was bleibt ihnen auch anderes übrig, wenn in einer Situation hoher Ungewissheit ohnehin keine anderen Steuerungsinstrumente zur Verfügung stehen?



So können sich Politik und Wissenschaft, und gerade deren positivistischste Spielart, in *Magie* verwandeln: den Versuch, das Schreckliche zu verhindern, indem man seine Benennung verbietet und das Gute beschwört. Politiker, als hochtrainierte Spezialisten für Sprachregelungen, neigen ohnehin zu einem magischen Weltbild, über das man sich durchaus zu Recht lustig machen kann. Sein rationaler Kern aber ist die besondere Reagibilität der sozialen Welt: dass sie mitunter tatsächlich durch Symbole beeinflusst und durch Gesundheitsbetriebe geheilt werden kann. Rechtfertigt dies, sie in ihrem unterstellten Interesse zu belügen? Ich lasse das dahingestellt und merke lediglich an, dass auch hier gilt, dass Steuerung dann scheitern kann, wenn ihre Instrumente als solche erkannt werden. Positive wissenschaftliche Prognosen müssen für wissenschaftlich wahr gehalten werden, wenn sie den Optimismus auslösen sollen, den sie auslösen müssen, um möglicherweise wahr werden zu können. Würde bekannt, dass sie um dieses Ergebnisses willen frisiert worden sind, wäre nicht Optimismus die Folge, sondern ein tiefer Verlust von Vertrauen – und ein Absturz, der weit schlimmer sein könnte als alles, was man bis dahin vorhergesehen hätte.

#### IV.

Ob also, wie Weber geglaubt zu haben scheint, der Sozialwissenschaftler dem erfahrenen Praktiker wirklich viel voraushaben kann, wenn es um die Wahl geeigneter Mittel für gegebene Ziele geht, steht dahin. Der Abstand zwischen Theorie und Intuition dürfte jedenfalls geringer sein, als viele Sozialwissenschaftler glauben. Das heißt aber nicht, dass die Sozialwissenschaften politisch nutzlos sein müssen – nur, dass es nicht die von den Wissenschaftlern selber so hoch geschätzte nomothetisch-theoriebildende Forschung ist, die einen Beitrag dazu leisten kann, die Politik, wenn sie es denn zulassen will, zu verbessern. So mag das Zählen, Messen und Beobachten sozialer Sachverhalte manchem als trivial erscheinen. Aber es ist alles andere als das. Der moderne Staat und die demokratische Diskussion sind auf vielfältige Informationen über den Zustand der Gesellschaft angewiesen, die nicht ohne Weiteres verfügbar sind und deren Sammlung oft äußerst kompliziert ist und umfangreiche Fachkenntnisse erfordert. Nur ein kleiner Teil der von der Politik benötigten Daten ergibt sich unmittelbar aus der Buchführung des Staates über seine eigenen Verwaltungsakte: etwa die Zahl der Geburten und Ehescheidungen oder der Bezieher von Sozialleistungen aller Art, die Durchschnittsnoten von Abiturienten oder die Altersstruktur der Rentenbezieher. Viel häufiger aber darf oder kann der Staat wichtige Informationen nicht selbst erheben – beispielsweise die Zahl der Neugeborenen „mit Migrationshintergrund“ oder das tatsächliche Ausmaß der Drogenabhängigkeit. Andere Größen, die dem Laien völlig unproblematisch vorkommen mögen, müssen durch komplexe Schätzoperationen ermittelt werden, die ständiger Weiterentwicklung bedürfen. Hierzu gehört nicht nur das Bruttosozialprodukt (Zorn 2008), sondern auch die Bevölkerung, deren Zahl seit den letzten Volkszählungen in den Jahren 1981 (DDR) und 1987 (Bundesrepublik) nicht mehr direkt ermittelt, son-

dern nur noch, mit komplizierten, mehr oder weniger befriedigenden Methoden, fortgeschrieben wird.<sup>11</sup> Politisch wichtige Sachverhalte, wie das wirtschaftliche Wachstum pro Kopf, die Geburten- und Zuwanderungsrate, die Arbeitslosenquote usw. sind deshalb weit weniger sicher bekannt, als normalerweise angenommen wird. Tatsächlich gibt es Beispiele dafür, dass Regierungen jahrelang Probleme zu lösen versucht haben oder für Probleme von den Wählern zur Rechenschaft gezogen wurden, die sich bei späteren Korrekturen der statistischen Daten nachträglich als Scheinprobleme erwiesen haben.

Die genaue Beobachtung der sozialen Wirklichkeit ist ein wissenschaftlich hoch anspruchsvolles, in seiner Schwierigkeit häufig unterschätztes Unterfangen. Wissen über soziale Tatsachen ist niemals nur eine bloße Abbildung: Es ist immer auch eine soziale Konstruktion, allerdings eine, die nachprüfbar Regeln folgen muss, wenn sie ernst genommen werden will. Völlige Sicherheit gibt es dabei nie, und auch die beste Vermessung der sozialen Welt bleibt immer vorläufig. Selbst optimal ausgestattete statistische Ämter benötigen deshalb die Zuarbeit und die Konkurrenz freier Forschung. Dasselbe gilt für die öffentliche Diskussion, die mehr wissen will und muss, als was die staatliche Datenproduktion zu liefern vermag. Hinzu kommt, dass Staaten und Regierungen immer versucht sind, den unvermeidlichen Definitionsbedarf und Entscheidungsspielraum bei der Erfassung sozialer Sachverhalte in ihrem Interesse auszunutzen.

Die einzige Möglichkeit, die Entscheidungen und Interessen sichtbar zu machen, die in die amtlichen Beschreibungen der sozialen Wirklichkeit eingehen, bietet eine unabhängige Sozialwissenschaft. Nur sie kann den notwendigen Pluralismus gewährleisten, durch den allein politisch unangenehme Sachverhalte ans Licht kommen können oder gezeigt werden kann, wie kleine und kleinste Veränderungen etwa in der Definition von Arbeitslosigkeit oder in der Klassifizierung von Stellenbewerbern durch die Arbeitsämter die Arbeitslosenquote senken oder erhöhen können. Ähnlich verhält es sich bei der Messung von Armut und Ungleichheit, der Ermittlung des Leistungsstandes von Schülern und Schulen oder der Zufriedenheit von Arbeitnehmern mit ihren Arbeitsbedingungen. Ohne laufende, methodisch seriöse, kritische Information der Gesellschaft über sich selbst wäre der politische Diskurs noch inhaltleerer, als er es oft schon ist.

Wissenschaftliche Politikberatung kann also nicht darin bestehen, die Politik mit nomothetischem Steuerungs- und sozialtechnischem Eingriffswissen zu versorgen oder ihr gar die Verantwortung für riskante Entscheidungen unter Unsicherheit abzunehmen oder auszureden. Was einer empirisch-analytischen Sozialwissenschaft als höchstes Ziel gilt: die Aufdeckung von universalen Gesetzmäßigkeiten, ist für die politische Praxis fast vollkommen wertlos. Hilfreich für sie kann dagegen eine weniger deterministische, stärker „verstehende“ und den historischen Einzelfall ernst nehmende Art sozialwissenschaftlichen Wissens sein, das sich nicht als technisches Rezeptbuch für

---

11 Und werden muss, weil die „Objektwelt“, die Gesellschaft, sich dagegen sperrt, gezählt zu werden – ein weiteres Beispiel für die aktive Rolle, die der „Gegenstand“ der Sozialwissenschaft für diese spielt, indem er auf sie reagiert.

unfehlbar wirksame Maßnahmenkataloge begreift, sondern als Ort einer von unmittelbarem Handlungsdruck freigestellten Sammlung und systematischen Verarbeitung von in der Vergangenheit oder an anderen Orten gemachten Erfahrungen – nichts anderes bedeutet die griechische Wurzel des Wortes „Empirie“ – die unter dem Druck des Alltags Gefahr laufen, vergessen oder übersehen zu werden. Wissenschaft wäre dann eher ein Archiv als ein Katalog von Naturgesetzen, und Politikberatung bestünde vor allem darin, Praktikern, die aus Erfahrung klug werden wollen, Zugang zu einem umfangreichen, so gut wie möglich geordneten Erfahrungsspeicher zu verschaffen. Nicht um Handlungsanleitungen zur Feinsteuerung ginge es, sondern um Erinnerung an Beispiele und vergleichbare Sachverhalte, die niemand, der verantwortlich entscheiden will oder muss, als irrelevant abtun kann oder sollte.<sup>12</sup>

Zur Illustration verweise ich auf ein etwas entlegenes Beispiel, einen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31. Mai 2008 über den Krieg in Afghanistan. In ihm wird eine Studie der Rand Corporation aus dem Jahr 2002 zitiert, die „für robuste Friedenssicherung einen Durchschnittsbedarf an Militär und Polizei im Verhältnis zur Bevölkerungsstärke von etwa 11,5 auf je 1000 Einwohner errechnet.“ Man mag dies auf den ersten Blick für einen jener technokratischen Versuche der Quantifizierung sozialer Zusammenhänge halten, die gerade der amerikanischen Politik schon so oft zum Verhängnis geworden sind. Wenn aber anschließend festgestellt wird, dass „die 54 000 Soldaten der internationalen Truppen“, die damals in Afghanistan eingesetzt waren, „nur ein Verhältnis von 1,7 auf 1000 Einwohner“ darstellten und die Rate sich bei Berücksichtigung der nationalen Armee und Polizei nur auf 4,4, „also nur knapp ein Drittel des Mindestbedarfs“ erhöhe, dann kann man dies auch als Zusammenfassung früherer Erfahrungen lesen, auf deren Grundlage sich die heutigen Erfolgsaussichten besser einschätzen lassen. In diesem Sinne spricht der Autor denn auch von einer „Arithmetik des Scheiterns“ und notiert, dass „weder Washington noch die europäischen NATO-Partner ihre Truppen erheblich verstärken können oder wollen“. Nun sind, wie schon Clausewitz gewusst hat, „im Nebel des Krieges“ Vorhersagen besonders ungewiss, und noch öfter als sonst regiert der Zufall (Clausewitz 2003[1832]). Gleichzeitig aber gilt im Völkerrecht seit Jahrhunderten, dass ein Krieg überhaupt nur dann „gerecht“ sein kann, wenn er ein klar definiertes Ziel hat, das mit den verfügbaren und eingesetzten Mitteln auch tatsächlich zu erreichen ist. Damit wird eine realistische Abschätzung der Erfolgsaussichten auch zu einem ethischen Gebot.

Eine sich nicht nomothetisch missverstehende Sozialwissenschaft kann der Politik nicht nur frühere Erfahrungen erschließen, sondern sie kann auch dazu beitragen, den wahrgenommenen Möglichkeitsraum der Politik zu erweitern. Hierzu reicht im Prinzip die

---

12 So hat die wissenschaftliche Politikberatung der Neuzeit ja auch begonnen. Machiavellis „Fürst“ ist nichts anderes als eine Sammlung von Erfahrungen von Herrschern in der gesamten damals bekannten, oder für bekannt gehaltenen, Geschichte: wie Herrschaft, und mit ihr soziale Ordnung, gewonnen, erhalten und ausgebaut werden kann, und wie nicht (Machiavelli 1990 [1514]).

überzeugende Beschreibung eines einzelnen Falls. So können internationale Vergleiche zeigen, dass ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit auch ohne Kündigungsschutz möglich sind, wenn die Arbeitsvermittlung funktioniert und die Arbeitslosenunterstützung hoch ist – siehe Dänemark. Oder sie können mit dem Mythos Schluss machen, dass eine hohe Beschäftigungsquote bei den Älteren eine hohe Arbeitslosigkeit bei den Jungen zur Folge haben muss – im internationalen Durchschnitt jedenfalls ist der Zusammenhang genau umgekehrt (Eichhorst et al. 2001). Ob sich allerdings derselbe Zusammenhang auch dort herstellen ließe, wo er noch nicht besteht, kann niemand mit Sicherheit sagen. Ähnliches gilt für das oft geforderte „policy learning“ über nationale Grenzen hinweg, für welches die Sozialwissenschaft das Instrumentarium der vergleichenden Policy-Forschung bereithält. Auch hier besteht wenig Hoffnung auf Rezepte. Institutionen oder Programme, die in den Niederlanden oder Dänemark geholfen haben, die Arbeitslosigkeit zu senken, müssen in Deutschland oder Italien nicht dieselbe Wirkung haben, weil keiner weiß, wie die unzähligen „dritten Variablen“, die den jeweiligen nationalen Kontext ausmachen und den Zusammenhang von Ursache und Wirkung modifizieren, statistisch oder praktisch zu kontrollieren wären.

Wissenschaft, so fasse ich zusammen, kann keine Vorhersagen liefern. Aber sie kann das Wissen der Politik und der öffentlichen Diskussion darüber erweitern, was sich woanders oder zu anderen Zeiten als möglich erwiesen und was im Gegenteil noch nie erfolgreich war. Damit kann sie, immerhin, mit Gründen vor Risiken warnen und zugleich, wo Optimismus angebracht sein könnte, zu Risiken ermuntern. Wissenschaft kann zeigen, was gehen kann, ohne mit Gewissheit sagen zu können, was tatsächlich gehen wird; und sie kann wissen, was noch nie gegangen ist, ohne sicher sein zu können, dass es deshalb auch in Zukunft nicht gehen wird. „Nixon goes to China“ ist ein oft analysiertes Beispiel dafür, dass eine konservative Partei an der Macht mit zähneknirschender Zustimmung der progressiven Opposition Dinge tun kann, die diese, als sie an der Regierung war, sich nie zu tun getraut hätte – aus Angst, von ihren Gegnern als unpatriotisch denunziert zu werden. (Ein ähnlicher Fall ist die Entkolonialisierung Algeriens unter der Präsidentschaft des Generals de Gaulle.) Das Beispiel beweist nicht, dass Konservative an der Macht immer die Politik der progressiven Opposition übernehmen oder dass sie damit jedes Mal Erfolg haben werden – alles was es zeigt ist, dass es ihnen gelingen kann, wenn sie es versuchen. Aber auch das ist ja nicht wenig.

Und es ist noch keineswegs alles. Wissenschaft kann darauf aufmerksam machen, wie sich laufende Ereignisse und Entscheidungen in lange historische Trends einfügen oder auch nicht; sie kann darauf hinweisen, was wahrscheinlicher wird, wenn die Dinge so weitergehen wie bisher; sie kann Konflikte zwischen gleichzeitig verfolgten Zielen deutlich machen; und sie kann versuchen, durch den sanften Zwang unbestreitbarer Tatsachen zur Entschärfung politischer Kontroversen beizutragen. Als die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft gegen Ende der zweiten Regierung Schröder einen neuen Anlauf zur Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat unternahmen, setzte der Bundeskanzler im Frühjahr 2005 eine Kommission ein, die die Auswirkungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 wissenschaftlich untersuchen sollte. Die gemein-

same Durchsicht der mittlerweile umfangreichen empirischen Forschung zum Thema ergab nach sorgfältiger Abwägung nach den Regeln der wissenschaftlichen Kunst keine Anhaltspunkte dafür, dass die paritätische Mitbestimmung die Leistungsfähigkeit der ihr unterliegenden Unternehmen beeinträchtigt hätte. Ebenso wenig ließ sich freilich mit Sicherheit feststellen, dass sie den Unternehmen genutzt hätte oder dass sie ihnen nicht unter veränderten Bedingungen in Zukunft schaden könnte (Kommission zur Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung 2006). Dieser Lesart hätten die beteiligten Experten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite nur widersprechen können, wenn sie bereit gewesen wären, ihr professionelles Ansehen aufs Spiel zu setzen. Dass die politischen Repräsentanten der Arbeitgeber den gemeinsamen Bericht dennoch nicht unterschreiben wollten und an ihren jedenfalls wissenschaftlich unbegründeten Forderungen festhielten, zeigt andererseits die Grenzen einer wissenschaftlichen Politikberatung, die sich nicht auf strategisches Büchsenspannen für vorgegebene Ziele beschränken will.

## V.

The ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else. Practical men, who believe themselves to be quite exempt from any intellectual influences, are usually the slaves of some defunct economist. Madmen in authority, who hear voices in the air, are distilling their frenzy from some academic scribbler of a few years back. I am sure that the power of vested interests is vastly exaggerated compared with the gradual encroachment of ideas. Not, indeed, immediately, but after a certain interval; for in the field of economic and political philosophy there are not many who are influenced by new theories after they are twenty-five or thirty years of age, so that the ideas which civil servants and politicians and even agitators apply to current events are not likely to be the newest. But, soon or late, it is ideas, not vested interests, which are dangerous for good or evil. (Keynes 1967[1936], Ch. 24)

Wie angekündigt möchte ich zum Schluss noch auf eine Art von wissenschaftlicher Politikberatung eingehen, die nicht aus Datenbeschaffung oder Strategieberatung im engeren Sinn besteht, sondern auf das Selbst- und Weltverständnis der Gesellschaft einwirkt und einwirken will, in der sie stattfindet. Was Politik in den Augen der an ihr Beteiligten auf welche Weise erreichen kann und soll, ergibt sich aus den Weltbildern, die der kulturellen Selbstdefinition der sie umgebenden Gesellschaft zugrunde liegen. Diese werden heute zu einem guten Teil aus dem bezogen, was im Alltagsverständnis als wissenschaftlich erwiesen gilt. Teilweise wird dies über die Massenmedien vermittelt. Je mehr Menschen aber Universitäten besuchen, um dort in ihren formativen Jahren ein wissenschaftliches Studium zu absolvieren, desto wichtiger wird für das gesellschaftliche Selbstverständnis und damit für das politische Handeln, was dort als Ergebnis wissenschaftlicher Forschung ausdrücklich gelehrt oder stillschweigend unterstellt wird – und umso größer wird die politische Verantwortung der akademischen Forscher und Lehrer.

Keynes' Bemerkungen am Ende des letzten Kapitels seines Jahrhundertwerks, der *General Theory*, die ich diesem Absatz als Motto vorangestellt habe, mögen den Einfluss von Ideen auf den Lauf der Welt aus rhetorischen Gründen übertreiben, insbesondere wo es um ihre relatives Gewicht im Vergleich zu materiellen Interessen geht. Damit will ich mich hier nicht aufhalten. Unzweifelhaft richtig erscheint mir aber, dass jegliche Praxis, auch eine, die sich selbst vollkommen „pragmatisch“ vorkommt, von Annahmen – „Theorien“ – über das Funktionieren der Welt ausgeht und ausgehen muss, von denen sie irgendwann gelernt zu haben meint, dass sie zutreffend sind. Davon, dass sie es tatsächlich sind, hängt deshalb viel ab. Schon deshalb müssen die der praktischen Politik historisch unterliegenden theoretischen Ideen immer wieder rigoros auf ihre Wahrheit – ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit – hin überprüft, zur Diskussion und infrage gestellt und im ursprünglichen Sinn des Wortes „kritisiert“ werden.<sup>13</sup> Die in der europäischen Zivilisation dafür seit den Griechen vor allem zuständige Instanz ist die Wissenschaft, und der soziale Ort, an dem die theoretischen Fundamente unseres Denkens und Handelns nach den Regeln der hierfür über lange Zeiträume hinweg entwickelten Kunst auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft werden, ist die „Akademie“: die Universität mit dem in ihr stattfindenden Streit der Fakultäten und Gelehrten, nicht nur in der Forschung, aber auch in der Lehre.

Wissenschaftliche Politikberatung, in anderen Worten, besteht auch, und heute vielleicht mehr denn je, aus methodisch disziplinierter, aber deshalb nicht weniger praktisch relevanter, verantwortungsbewusster Auseinandersetzung über die theoretischen Prämissen politischen Handelns – nicht, oder nicht nur, im professionellen Arkanum der Fachzeitschriften, sondern auch und gerade vor den Augen der Öffentlichkeit, oder doch mindestens der akademischen Öffentlichkeit, die die Studenten einschließt, also die nächste Generation von Wissenschaftlern, Politikern, Beamten, Unternehmern und Gewerkschaftern. Das Weltbild, das dabei heute nach meiner Meinung in erster Linie zur kritischen Debatte stehen muss, und eigentlich schon lange vor der gegenwärtigen Finanzkrise viel rücksichtsloser zu dieser hätte gestellt werden müssen, ist das der Standardökonomie, mit ihrem vom rationalen Egoismus autistischer Kalkulationsautomaten getriebenen Maschinenmodell einer sozialen Welt, die von selbst zur besten aller Welten wird, wenn die Politik sie nur dem sogenannten freien Spiel der Marktkräfte überlässt.

Welch katastrophale Folgen es haben kann, wenn eine Regierung auf eine Theorie hereinfällt, die so falsch ist wie diese, zeigt der jüngste Zusammenbruch des Weltfinanzsystems. Im Oktober 2008 stellte ein Ausschuss des amerikanischen Kongresses dem jahrzehntelang allmächtigen Chef der US-Zentralbank, Alan Greenspan, die Königinfrage: Wie konnte das passieren, ohne dass es jemand – und in diesem Fall vor allem natürlich: die von Greenspan geleitete Bankenaufsicht – hätte kommen sehen? Im Lauf der Verhandlung kam es zu einem Austausch zwischen Greenspan und dem Vorsitzen-

---

13 Das griechische Wort *κρίνειν* (krinein) bedeutet unterscheiden, trennen, beurteilen, auseinanderhalten, infrage stellen.



den des Ausschusses, dem Abgeordneten Waxman, der sich liest, als sei er eigens zur Illustration von Keynes' Überlegungen zur Bedeutung von Ideen erfunden worden. In seinen einleitenden Bemerkungen hatte Greenspan in bemerkenswert deutlichen Sätzen seine Ratlosigkeit über die eingetretene Entwicklung eingestanden:

Those of us who have looked to the self-interest of lending institutions to protect shareholder's equity (myself especially) are in a state of shocked disbelief ... In recent decades, a vast risk management and pricing system has evolved, combining the best insights of mathematicians and finance experts supported by major advances in computer and communications technology. A Nobel Prize was awarded for the discovery of the pricing model that underpins much of the advance in derivatives markets. This modern risk management paradigm held sway for decades. The whole intellectual edifice, however, collapsed in the summer of last year ...

Hieran anschließend entspann sich im weiteren Verlauf folgender, atemberaubender Dialog zwischen dem Vorsitzenden und dem Befragten:<sup>14</sup>

Chairman WAXMAN: Dr. Greenspan, I am going to interrupt you. The question I had for you is if you had an ideology. This is shown in your statement: „I do have an ideology. My judgment is that free, competitive markets are by far the unrivaled way to organize economies. We have tried regulation, none meaningfully worked.“ That was your quote. You had the authority to prevent irresponsible lending practices that led to the subprime mortgage crisis. You were advised to do so by many others. Now, our whole economy is paying its price. You feel that your ideology pushed you to make decisions that you wish you had not made?

Mr. GREENSPAN: Well, remember, though, ideology is a conceptual framework with the way people deal with reality. Everyone has one ... To exist, you need an ideology. The question is, whether it is accurate or not. What I am saying to you is, yes, I found a flaw, I don't know how significant or permanent it is, but I have been very distressed by that fact ...

Chairman WAXMAN: You found a flaw?

Mr. GREENSPAN. I found a flaw in the model that I perceived is the critical functioning structure that defines how the world works, so to speak.

Chairman WAXMAN. In other words, you found that your view of the world, your ideology, was not right, it was not working.

Mr. GREENSPAN. Precisely. That's precisely the reason I was shocked, because I had been going for 40 years or more with very considerable evidence that it was working exceptionally well.

Es gibt viele gute Gründe, die Finanzkrise zum Anlass zu nehmen, die Diskussion über die „Ideologie“ der Greenspans dieser Welt erneut und mit aller denkbaren Gründlichkeit und Schärfe zu führen (Beckert/Streeck 2008) – und nicht nur, weil das Rational- und Maschinenmodell von Wirtschaft und Gesellschaft sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend als wirtschaftlich krisenträchtig erwiesen hat. Die Argumente, die

---

14 Ich habe die stenografische Niederschrift zur Verbesserung der Lesbarkeit redaktionell bereinigt.

gegen es sprechen, sind alles andere als neu:<sup>15</sup> Es hat sie in den letzten Jahren nur kaum jemand hören wollen – allen voran Verantwortliche, oder besser: Unverantwortliche, wie Greenspan, mitsamt ihrer Koterie von „defunct economists“, als deren ideologische Sklaven sie sich so lange so wohlgeföhlt haben. Zu groß war offenbar die Attraktion der von der neoliberalen Ideologie eröffneten Aussicht, die Verantwortung für den Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft auf einen anonymen Aggregations- und Selbstregulierungsmechanismus abschieben zu können; zu verlockend die moralische und politische Anspruchslosigkeit einer Theorie, die das rücksichtslos verfolgte Selbstinteresse als Weg zum Gemeinwohl deklariert; zu verheißungsvoll das mechanistische Modell eines sich selbst steuernden Gleichgewichtsmechanismus, durch den alles gut wird, wenn man ihn nur in Ruhe lässt. Wer es sich als Politiker leicht machen wollte, glaubte gern an die Kontrollierbarkeit der Welt durch individuelle Anreize, oder genauer: durch Geld, und an die Lösbarkeit aller überhaupt lösbaren Probleme, nicht etwa durch kollektives Nachdenken, sondern durch ihre Delegation an mit mathematischen Zaubermitteln ausgestattete Finanz- und Sozialingenieure. Und vor allem natürlich musste ihm und seinen Zuarbeitern die Kompatibilität der Theorie mit mächtigen, mit unendlichen Ressourcen ausgestatteten Interessen willkommen sein, die über hoch wirksame Möglichkeiten verfügen, ihre Freunde zu belohnen und ihre Feinde zu bestrafen.

Wissenschaftliche Politikberatung heute heißt vor allem Aufklärung über die Grenzen des Eigennutz-Gleichgewichtsmodells sozialer Ordnung (Streck 2009), wie es von der standardökonomischen Theorie proklamiert und popularisiert wird und wie es sich in viel zu vielen Köpfen von Politikern und Bürgern fest eingenistet hat. Wäre die Aufgabe schon früher erkannt worden, wäre uns möglicherweise das kostspielige Realexperiment erspart geblieben, dessen es bedurft hat, um den Glauben eines Greenspan an seine „Ideologie“ zu erschüttern. Wissenschaftliche Debatten können, wenn sie nur rigoros genug geführt werden, handlungsleitende Theorien einem öffentlichen Stresstest unterziehen und so zur Früherkennung von krisenträchtigen Bruchstellen im Weltverständnis der herrschenden Praxis beitragen. Wie viel sich damit dann tatsächlich erreichen lässt, kann man vorher nicht wissen. Zumindest aber kann man, wie Keynes am Ende der *General Theory*, darauf hoffen, dass die wissenschaftlichen Argumente gegen die neoliberale Ideologie, wenn sie nur deutlich und begründet genug vorgetragen werden, allmählich in das Weltverständnis der nachfolgenden Generation einsickern und dadurch mindestens auf längere Sicht politisch wirksam werden können.

Ich schließe, indem ich wiederhole, dass nach meiner Ansicht die wichtigste Politikberatung heute eine ist, die auf das Hintergrundverständnis der Gesellschaft von sich selber zielt – also im traditionellen Sinn Aufklärung betreibt. Politikberatung dieser Art findet, wie gesagt, gerade auch an Universitäten und nicht zuletzt in Gestalt dessen statt, was ein Politiker vor Jahren verächtlich als „Professorengezänk“ bezeichnet hat.<sup>16</sup> In letzter

---

15 Für viele andere siehe Etzioni (1988).

16 Aber nicht nur. In einem äußerst lehrreichen Überblickartikel über die derzeitige Entwicklung der Politikberatung in Deutschland beschreibt Rolf Heinze (2009: 8f.) die Gegenwart als



Zeit hat der Gedanke an Raum gewonnen, dass ohne Überwindung der Vorstellung einer durch rationalen Egoismus effizient und gerecht organisierten Gesellschaft, ohne Verabschiedung des Interessen- und Maschinenmodells sozialer Ordnung zugunsten eines Gesellschaftsbildes, in der verantwortliches soziales Handeln einen zentralen Platz einnimmt, die immer kritischer werdenden Krisen – des Klimas, der Finanzen, der Arbeitsmärkte, des Zusammenlebens in immer heterogener werdenden Gesellschaften – nicht bewältigt werden können. Eine Voraussetzung für ein neues Denken ist, dass die nachwachsende Generation, insbesondere ihr Wirtschaftswissenschaften studierender Teil, von der an den Universitäten betriebenen monokulturellen Gehirnwäsche mit standardökonomischen Rational- und Marktmodellen geschützt wird. Letztlich wird es in Wissenschaft und Politikberatung gleichermaßen darum zu gehen haben, ein theoretisches und praktisches Verständnis der Welt zu entwickeln und zu etablieren, in der die menschliche Gesellschaft nicht mehr als passives Objekt, als berechenbare „Natur“ erscheint, sondern als vernünftige, lernfähige Gemeinschaft, die auf sich selbst und ihre Selbsterkenntnis durch Wissenschaft lernend reagieren kann – eine Theorie, die sich nicht als Verfügungswissen und Anleitung für Sozialingenieure begreift, sondern als Beitrag zur demokratischen Selbstverständigung einer kollektiv handlungsfähigen, „aktiven“ Gesellschaft.<sup>17</sup>

---

„Umbruchzeit“, die „politische Organisationen und auch Politiker mit strategischen Neuorientierungsfragen“ konfrontiere. Dies erfordere „Beratungsformen durch Dialoge, die jenseits des ‚normalen‘ politischen Regierens angesiedelt sind“, etwa „regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Politikern und Wissenschaftlern, bei denen einzelne Themen in vertraulicher Atmosphäre behandelt werden ... Beratung durch Dialog tritt als Format nicht primär bei Detailentscheidungen in einzelnen Politikfeldern auf, sondern fokussiert sich auf grundlegende Richtungsentscheidungen, einen Wandel von Leitbildern ...“

17 Für einen frühen Versuch siehe Etzioni (1968).

## Literatur

- Beckert, Jens/Wolfgang Streeck, 2008: *Economic Sociology and Political Economy: A Programmatic Perspective*. MPIfG Working Paper 08/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <[www.mpifg.de/pu/workpap/wp08-4.pdf](http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp08-4.pdf)>
- Clausewitz, Carl von, 2003[1832]: *Vom Kriege*. Hamburg: Rowohlt.
- Döpke, Jörg/Ulrich Fritsche, 2009: Zehn Gebote zum Umgang mit Konjunkturprognosen. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 2(1), 26–42.
- Eichhorst, Werner/Stefan Profit/Eric Thode, 2001: *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung*. Berlin: Springer.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society*. New York: The Free Press.
- , 1988: *The Moral Dimension: Toward a New Economics*. New York: The Free Press.
- Heinze, Rolf, 2009: Staat und Lobbyismus: Vom Wandel der Politikberatung in Deutschland. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 2(1), 5–25.
- Keynes, John Maynard, 1937: The General Theory of Employment. In: *The Quarterly Journal of Economics* 51(2), 209–223.
- , 1967[1936]: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- Kommission zur Modernisierung der deutschen Unternehmensmitbestimmung, 2006: *Bericht der wissenschaftlichen Mitglieder der Kommission*. Mit Stellungnahmen der Vertreter der Unternehmen und der Vertreter der Arbeitnehmer. Berlin, Dezember 2006.
- Machiavelli, Niccolo, 1990[1514]: *Der Fürst*. Frankfurt a.M.: Insel.
- Merton, Robert K., 1957: *Social Theory and Social Structure*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Plato, 1991[370 v. Chr.]: *Politeia*. Frankfurt a.M.: Insel.
- Streeck, Wolfgang, 2007: *Endgame? The Fiscal Crisis of the German State*. MPIfG Discussion Paper 07/7. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <[www.mpifg.de/pu/mpifg\\_dp/dp07-7.pdf](http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp07-7.pdf)>
- , 2009: Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus: Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung. In: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 6(1), 13–33.
- Streeck, Wolfgang/Kathleen Thelen, 2005: Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies. In: Wolfgang Streeck/Kathleen Thelen (Hg.), *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: Oxford University Press, 1–39.
- Weber, Max, 1992[1917/1919, 1919]: Wissenschaft als Beruf, Politik als Beruf. In: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schluchter (Hg.), *Max Weber, Gesamtausgabe, Bd. 17*. Tübingen: Mohr.
- Weingart, Peter/Justus Lentsch, 2008: *Wissen, Beraten, Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Zorn, Hendrik, 2008: *Recounting the Beans: The Statistical Construction of Fiscal Reality*. Dissertation. Köln: Universität zu Köln, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät.

## Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

### MPIfG Discussion Papers

DP 09/7  
M. Höpner, A. Petring,  
D. Seikel, B. Werner  
**Liberalisierungspolitik:  
Eine Bestandsaufnahme  
von zweieinhalb Dekaden  
marktschaffender Politik in  
entwickelten Industrieländern**

DP 09/6  
B. Harrington  
**Trust and Estate Planning:  
The Emergence of a Profession  
and Its Contribution to Socio-  
Economic Inequality**

DP 09/5  
J. S. Ahlquist, C. Breunig  
**Country Clustering in  
Comparative Political Economy**

DP 09/4  
H. Callaghan  
**Constrain-Thy-Neighbor  
Effects as a Determinant of  
Transnational Interest  
Group Cohesion**

DP 09/3  
D. Stark, B. Vedres  
**Opening Closure:  
Intercohesion and  
Entrepreneurial Dynamics  
in Business Groups**

DP 09/2  
J. Beckert  
**Koordination und  
Verteilung: Zwei Ansätze der  
Wirtschaftssoziologie**

### MPIfG Working Papers

WP 09/10  
J. Beckert  
**Die Anspruchsinflation des  
Wirtschaftssystems**

WP 09/9  
G. S. Schaal, C. Ritzi  
**Empirische Deliberations-  
forschung**

WP 09/8  
P. Mair  
**Representative versus  
Responsible Government**

WP 09/7  
G. Möllering  
**Market Constitution Analysis:  
A New Framework Applied  
to Solar Power Technology  
Markets**

WP 09/6  
M. Höpner  
**Parteiläufer und Landschafts-  
pfleger: Eine Analyse der  
Parteispenden großer  
deutscher Unternehmen,  
1984–2005**

WP 09/5  
C. Deutschmann  
**Soziologie kapitalistischer  
Dynamik**

WP 09/4  
J. Beckert  
**Pragmatismus und  
wirtschaftliches Handeln**

### MPIfG Books

B. Rehder, T. von Winter.,  
U. Willems (Hg.)  
**Interessenvermittlung in  
Politikfeldern: Vergleichende  
Befunde der Policy- und  
Verbändeforschung**  
VS-Verlag, 2009

K. van Kersbergen,  
P. Manow (eds.)  
**Religion, Class Coalitions, and  
Welfare States**  
Cambridge University Press,  
2009

C. Trampusch  
**Der erschöpfte Sozialstaat:  
Transformation eines  
Politikfeldes**  
Campus, 2009

M. Busemeyer  
**Wandel trotz Reformstau: Die  
Politik der beruflichen Bildung  
seit 1970**  
Campus, 2009

R. Mayntz  
**Sozialwissenschaftliches  
Erklären: Probleme der  
Theoriebildung und  
Methodologie**  
Campus, 2009

F. W. Scharpf  
**Föderalismusreform:  
Kein Ausweg aus der  
Politikverflechtungsfalle?**  
Campus, 2009

B. Harrington  
**Deception: From Ancient  
Empires to Internet Dating**  
Stanford University Press, 2009

### Ordering Information

#### *MPIfG Discussion Papers*

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

#### *MPIfG Working Papers*

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

#### *MPIfG Books*

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de)

Go to *Publications*.

### New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to [info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de), we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

### ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

